

Antrag XIII. Griechenland #1

Der Landesverband solid-Hessen lehnt das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten, welche dem neuen Gesetz zu einem weiteren Spardiktat für Griechenland zustimmten, ab. Das Verhandlungsergebnis war der neuen griechischen Regierung aufgepresst worden, welche mit dem Rücken zur Wand steht. Die Bundesregierung verhandelt zu Lasten der griechischen ArbeiterInnenklasse und zum Profit des deutschen Kapitals, welches seine Anlagen noch nicht vollends aus Griechenland abziehen konnte.

Die Erpressung Griechenlands und Zuspitzung seiner humanitären Krise durch IWF, EZB und EU ist ein Verbrechen, dass von der deutschen Regierung in besonderer Härte forciert wird. Die Linke sollte ihre Opposition zu diesen Bedingungen, durch einstimmige Ablehnung zum Ausdruck bringen auch wenn deren Resultat, weitere Geldmittel, zum aktuellen Zeitpunkt (im kapitalistischen Sinne) benötigt werden. Auch das letzte Verhandlungsergebnis läuft auf eine weitere Verarmung der griechischen Bevölkerung hinaus.